

Verantwortlicher Redakteur  
Herr Dr. phil. h. c. h. E. Auer  
Verlags- und Druckerei  
Herrn Auer  
Haupt- und Residenzstadt  
Chemnitz

Abonnementpreise: Durch unsere Boten bei uns monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.80 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 5.00 Mark, monatlich 1.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanträge und Abbestellungen, sowie alle Postanfragen und Bestellungen sind den Zeitungen einlegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Beilage oder in dem Anzeiger aus dem Verlag des Auer Tagesblattes zu ersehen. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage oder in dem Anzeiger aus dem Verlag des Auer Tagesblattes zu ersehen. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage oder in dem Anzeiger aus dem Verlag des Auer Tagesblattes zu ersehen.

## Das Wichtigste vom Tage.

Das neue Reichskabinett ist noch nicht gebildet worden, die Reichstagsfraktionen haben auch noch keinen Beschluß über ihre Stellungnahme zum Ultimatum der Alliierten gefaßt.

Die Lage in Oberschlesien ist unverändert; die von der interalliierten Kommission angekündigten Truppenverstärkungen wurden rückgängig gemacht, es soll versucht werden, durch Verhandlungen mit Korjantch Herr der Lage zu werden.

Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, einen nichtamtlichen Vertreter in den obersten Rat und den Botschaftserraten entsenden. Der amerikanische Kommissar in Paris K. J. Woodrow soll Vertreter im Reparationsauschuß werden.

## Die Regierungskrisis im Reiche.

Noch keine Lösung, es wird noch verhandelt.

Die Vorbereitungen zur Bildung der neuen Regierung sind im Gange. Die endgültige Entscheidung kann naturgemäß erst erfolgen, wenn die Stellung der für die Zusammensetzung der Regierung in Betracht kommenden Parteien zu der wichtigsten politischen Gegenwartsfrage, der Verantwortung des Ultimatum, geklärt ist. Das zur Beurteilung dieser Frage erforderliche vollständige Material dürfte noch im Laufe des heutigen Tages eintreffen.

Die Sozialdemokraten lehnen ab!

Über die Möglichkeiten der Lösung der Regierungskrisis liegen bestimmte Hinweise nicht vor. Die Sozialdemokraten sollen eine Anfrage des Reichspräsidenten, ob sie bereit wären, in die Regierung einzutreten, in ablehnendem Sinne beantwortet haben. Namensnennungen beruhen durchweg auf Kombinationen; angeführt werden die Namen Schiffer, Stresemann, Brauns, Stegerwald, Fürst Bülow und der frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen Schwander.

Die Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten.

Über die Besprechungen der Koalitionsparteien mit dem Reichspräsidenten Ebert am Donnerstag ist noch zu melden, daß sich die drei Koalitionsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten für den Reichskanzlerposten nicht einigen konnten. Das Zentrum erklärte, es sei an der ganzen Frage desinteressiert. Die Demokraten präsentieren ihren Abgeordneten Schiffer und die Deutsche Volkspartei ihren Dr. Stresemann. Ebert erklärte darauf, daß ihm ein Parteimann weniger gefalle, da er infolge dessen die anderen Parteien vor den Kopf stoßen würde. Er werde sich jedoch die Sache überlegen. Darauf erklärte Dr. Stresemann, daß die ganze Besprechung zeige, daß eben in Deutschland eine geeignete Persönlichkeit fehle. Der einzige Ausweg wäre, daß, wenn man einen Nichtparlamentarier nähme, man wenigstens auf einen Mann zurückgreifen müsse, der etwas Wille und auch die Achtung der gesamten Welt genieße. Er denke dabei an eine Persönlichkeit, wie den Fürsten Bülow.

## Dr. Schwander Kanzlerkandidat.

Bei den Erörterungen über die Neubildung des Reichskabinetts rückt für den Kanzlerposten neuerdings die Kandidatur des früheren Statthalters von Elsaß-Lothringen, Dr. Schwander, in den Vordergrund. Die B. Z. will sogar wissen, der Reichspräsident beabsichtige, Dr. Schwander heute noch mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Jedenfalls kann gesagt werden, daß die Kandidatur Dr. Schwander sowohl vom Reichspräsidenten als auch von einem Teil der Demokraten unterstützt wird. Ebenso verhalten sich Zentrumskreise nicht ganz ablehnend gegen sie. Die Kandidatur des volksparteilichen Führers Dr. Stresemann sieht trotzdem nach wie vor im Vordergrund der Erwägungen, zumal da bekannt geworden ist, daß Stresemann ein Programm zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen vorlegen würde, das voraussichtlich auch von sozialistischer Seite anerkannt werden könnte. Den von einigen Blättern gedruckten Gedanken, daß ein Kabinett Stresemann der Entente Anlaß zu neuem Mißtrauen geben würde, steht die Tatsache gegenüber, daß Berliner Ententekreise sich offen in günstigem Sinne über eine solche Lösung der innerdeutschen Krise aussprechen. Mit der Aufnahme einer bährischen Persönlichkeit in das Kabinett kann gerechnet werden, wobei aber festzustellen scheint, daß Botschafter Dr. Wäber auf seinem Posten in Paris verbleiben wird. Man glaubt in politischen Kreisen, daß das Heranziehen eines Bayern in gewissen Punkten der Entwaffnungsforderung der Entente entgegenkommen zu können und hofft, sie dann in anderen Punkten weniger unnahelbar zu finden. Eine endgültige Entscheidung über die Lösung der Krise kann aber erst dann erwartet werden, wenn die Fraktionen ihre Beratungen über den mittlerweile eingetragenen Wortlaut des Ultimatum abgeschlossen haben. Der erste Eindruck scheint eines Unannehmbar zu sein und die Stimmen derer zu verstärken, die dafür

eintreten, ein reines Geschäftsministerium zu bilden, das keine andere Aufgabe hätte, als sich dem Zwange des Ententebruders zu beugen. Die Möglichkeit der Bildung eines links oder sehr links gerichteten Kabinetts scheint nicht mehr vorhanden zu sein, da die in Betracht gezogenen Persönlichkeiten nicht mehr die gleiche Bereitwilligkeit erkennen lassen.

## Die deutsche Ablehnung des Ultimatum.

Über die Stellung der Parteien zu dem Entente-Ultimatum wissen Lokalanzeiger und B. Z. mitzuteilen, daß sowohl in der demokratischen Fraktion als auch im Zentrum und in der Deutschen Volkspartei die Stimmung überwiegend das Ultimatum abzulehnen, und zwar, wie der Lokalanzeiger betont, in allen Punkten. Bei der Entwaffnungsforderung hat man berücksichtigt, daß die Polen in diesem Augenblick unsere Ostgrenze mehr denn je bedrohen. Es gilt als ausgeschlossen, daß wir unter diesen Umständen die Forderungen, die uns der Friedensvertrag gelassen hat, entzweifeln. Auf die Frage der Kriegsschuldigen wird hervorgehoben, daß sie eine Ehrenfrage darstelle. Ueber die finanziellen Punkte hätte man verhandeln können, aber aus dem Ultimatum der Entente geht klar hervor, daß die Alliierten nicht geneigt sind, mit sich darüber sprechen zu lassen. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß sich das Geschäftsministerium der Reichsregierung gestern früh mit dem neu übergebenen Dokument der Reparationskommission beschäftigt hat, um die Tragweite der neuen Forderungen zu prüfen und für die kommende Regierung sachliche Unterlagen für die endgültige Entscheidung zu treffen. Was die Entwaffnungsforderung angeht, so herrscht in den Parteien die Meinung vor, daß das Reich nicht die Wuchtmittel habe, um die Entwaffnung in Bayern so gründlich durchzuführen, wie in anderen Teilen des Reiches. Die Entente selbst habe dem Reich die Wuchtmittel hierzu ja nicht belassen.

Das Ultimatum der Entente erklären die Blätter der Rechten für unannehmbar. Tagungen schreiben der Vorwärts: Die kommende Regierung steht vor der furchtbaren Entscheidung, ob sie zu Beginn ihrer Tätigkeit wichtige Gebiete für ganz unabhängbare Zeit der militärischen Gewalt des Auslandes ausliefern oder Bestimmungen auf sich nehmen will, zu deren Erfüllung Mächtigkeitskräfte notwendig sind. Sie wird sich fragen müssen, ob nicht eine bessere Aussicht für die spätere Umilderung dieser Bedingungen geschaffen wird, wenn man jetzt ihre Durchführung ernstlich versucht, als wenn man sie von vornherein verweigert.

Weitertragung des Reichstages.

Der Ältestenausschuß des Reichstages beschloß gestern, daß die Verhandlungen des Hauses auch in der nächsten Woche weitergeführt werden sollen. Die Geschäfte des Reichstages werden mit dem bisherigen Ministerium weitergeführt werden, ohne daß die Tagung unterbrochen wird.

## Kanzlererklärung über Oberschlesien.

Eine Note an die Besatzungsmächte.

Im Reichstag gab Reichskanzler Fehrenbach gestern eine Erklärung zur politischen Lage ab, die er mit der Mitteilung folgender gestern an die Besatzungsmächte Oberschlesiens gerichteten Note schloß:

Das obereschlesische Abstimmungsgebiet befindet sich heute zum größten Teil in der Hand polnischer Banden. Die friedliebende Bevölkerung wird aufs schmerzhafteste terrorisiert. Morde und Verwicklungen häufen sich. Der Betrieb der Gruben und Hüttenwerke wird gewaltsam verhindert. Die Zerstörung dieser wertvollen Produktionsstätten ist zu befürchten. Korjantch magt sich die Stellung eines obersten Leiters der Verwaltung an, ernannt Militär- und Zivilbeamte und verhängt Todesstrafen. (Hört! hört!) — Die polnischen Banden sind schwer bewaffnet und militärisch organisiert für die Aktion, die sich planmäßig und kriegsartig über das ganze Land verbreitet. Die friedliche Bevölkerung bedrückt demgegenüber bisher eine musterhafte Ruhe. Das Gebiet ist gemäß dem Frieden von Versailles der Interalliierten Kommission zur Verwaltung anvertraut. Truppen der alliierten Mächte halten es besetzt. Weber hat die Kommission die offenbar von langer Hand vorbereitete Bewegung zu verhindern noch durch ihre Truppenmacht den Aufbruch wirksam zu bekämpfen vermocht. Die deutsche Regierung vermahnt sich wiederholt dagegen, daß die Zurückhaltung der großen Mehrheit der Bevölkerung so aufgefaßt wird, als ob sie sich bei der Gewalttätigkeit der polnischen Banden beruhige, und daß die gegenwärtige Sachlage bei der Entscheidung über Oberschlesien in Betracht gezogen wird. Die Bevölkerung kann verlangen, daß die alliierten Regierungen, ihrer schweren Verantwortung bewußt, unerschütterlich für eine berartige Verstärkung der Besatzungstruppen sorgen, daß der Aufbruch binnen kürzester Zeit niedergeworfen und die Ordnung im Lande wiederhergestellt wird.

Die deutsche Regierung stimmt sich diesem Verlangen mit allem Nachdruck an und ersucht um eine Erklärung der dortigen Regierung, ob sie genehmigt ist, gemeinsam mit den anderen beteiligten Regierungen alsbald die zur Herstellung der Ruhe erforderlichen militärischen Kräfte einzusetzen. Sie ist bereit, ein tatkräftiges und schnelles Eingreifen der Wuchtmittel der Alliierten zu erleichtern und ihnen alle gewünschten Forderungen zuteil werden zu lassen. Die deutsche Regierung bedarf einer solchen Erklärung, um entscheiden zu können, ob von deutscher Seite Maßnahmen zum Schutze der obereschlesischen Bevölkerung zu treffen sind, die vom deutschen Volke aufs entschiedenste gefordert werden. (Beifall.) Die deutsche Regierung vertraut, daß die alliierten Mächte die ihnen nach dem Friedensvertrag zufallende Aufgabe in vollem Maße erfüllen werden, wie ihr bevollmächtigter Vertreter in Opatowitz es der Bevölkerung am 3. Mai öffentlich angekündigt, und wie sie es dem deutschen Bevollmächtigten gegenüber wiederholt bestätigt haben.

Der Reichskanzler schloß: Noch hinzuzufügen will ich, daß inzwischen die Anordnungen in die Wege geleitet sind, um die Reichswehr in den Stand zu setzen, in kürzester Frist dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis dieses Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erscheint. (Beifalliger Beifall.) Mit diesen Erklärungen will ich es vorläufig bewenden lassen. Ich glaube nur, in Ihrer aller Namen und auch im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, wenn ich hier die herzlichste Teilnahme zum Ausdruck bringe für unsere bedrückten und bedrängten, an Leib und Leben bedrohten Bürger in Oberschlesien und sie auffordere, mutig auszuhalten in dem Bewußtsein, daß unsererseits alles geschehen wird, was nach Lage der Sache getan werden kann. Hoffentlich wird auch für sie einmal wieder der Weg zum Rechte führen. (Beifalliger Beifall.)

## Die Lage im Aufstandsgebiet.

Aus Antonienhütte werden Kämpfe zwischen Italienern und polnischen Insurgenten gemeldet, bei denen die Polen wieder eine Anzahl Tote und Verwundete hatten. Auch in Scharley und Biekar fanden Zusammenstöße statt, bei denen einige Deutsche getötet wurden. Die französische Artillerie in Pleß ist mit unbekanntem Richtungsziel abgezogen. Die Stadt Pleß selbst ist frei und ruhig. In Hohenlunde bei Reuthen veranfaßten die Polen Donnerstagabend einen Umzug, in dem sie entwaffnete und gefesselte deutsche Abstimmsbeamte als Triumphobjekte mit sich führten. Die Massenflucht der Beamten und Angehörigen aus den schlesischen Grenzgebieten dauert an. Die Säuberungsaktion der alliierten Truppen ist vorläufig lokal begrenzt und bringt bis jetzt kaum wesentliches durch. In Opatowitz sind bisher 1500 deutsche Freiwillige in die Abstimmungsbehörde eingestellt. Die polnischen Abstimmungsbeamten, die ohne Ausnahme zu den Aufständischen übergegangen sind, sind sämtlich ihres Amtes enthoben worden. Ein Widerstand der deutschen Bewohner findet nur in dem reindeutschen Kreise Kreuzburg statt, der sich gegen die Einfälle von der Grenze her verteidigt. Hier ist lediglich Landsberg an der Grenze des Kreises Rothenberg besetzt, und auf der Oberlinie im Kreise Ratibor, wo Deutsche mit Italienern vereint kämpfen, die durch deutsche Freiwillige aus dem Kreise Beobachtungs verstärkt ihre Heimat mit der Waffe in der Hand verteidigen, ist es gelungen, den Vormarsch der Polen aufzuhalten.

Alliierte Verstärkungen für Oberschlesien.

In Opatowitz ist die Nachricht eingetroffen, daß Verstärkungen der interalliierten Truppen aus den besetzten Gebieten im Anrollen nach Oberschlesien sind. Darunter befinden sich auch Besatzungstruppen aus Mainz. Die Anforderung von Verstärkungen war um so dringender, als sogar das Hauptquartier der Kommission in Opatowitz selbst gestern unmittelbar bedroht wurde, da sich bereits polnische Banden in Gohlau und Elanitz gezeigt haben. Die B. Z. Bg. hält es für nicht ausgeschlossen, daß die Entente ein weiteres militärisches Einschreiten ihrerseits von der Unterzeichnung des Ultimatum abhängig (1) macht, um damit einen neuen schweren Druck auf uns auszuüben.

Gewaltsame polnische Rekrutierung.

In der Gegend Eichenau, Schöppinitz wird der Befehl des Oberstkommandierenden der Insurgentenarmee bekanntgegeben, daß sämtliche waffenfähigen Männer von 16 bis 45 Jahren einzusetzen und zu bewaffnen sind. Dieser Befehl wurde an allen Orten, die von Insurgenten besetzt sind, durch Ausläufer bekanntgegeben. Die Einsetzung wird, soweit sich die in Frage kommenden Personen nicht freiwillig stellen, gewaltsam durchgeführt. Auch Deutschgesinnte müssen die Waffen ergreifen.

Das deutsche Angebot abgelehnt.

Nach einer Meldung der Botschaften Zeitung ist General Derond Donnerstagabend in Opatowitz eingetroffen. Die interalliierte Kommission habe sich dem Blatte zufolge, gegen den deutschen Regierungsvorschlag, Mannschaften der Schutzpolizei zur